

3° | 2010

VOICE



Kultursterben durch Staudämme

Staudämme liefern Strom, doch sie zerstören Lebensformen indigener Völker.

gesellschaft
für bedrohte
völker



Editorial

Wasser spendet Leben – aber es hat auch die Macht, es zu zerstören. Wenn Staudämme gebaut werden, spendet Wasser Strom. Was zerstört es? Es nimmt den Menschen, deren Täler es überflutet, ihre Lebensgrundlage. Nur ist nicht das Wasser der eigentliche Täter, sondern es sind Regierungen und staatliche oder private Stromversorgungskonzerne, die über das Schicksal der betroffenen Bevölkerung entscheiden. Betroffen sind vielfach Minderheiten – besonders indigene Völker. Unbestritten ist: Der Strom, den die Staudämme liefern, ist ein wichtiges Gut – doch meist wird er nicht für die Menschen produziert, die wegen dem Bau der Dämme ihr Heim räumen müssen. Die Nutzniesser sind oftmals grossindustrielle Abnehmer. Während diese profitieren, haben die Vertriebenen das Nachsehen. Sie sind gezwungen, ihre traditionellen Dörfer zu verlassen und ihre althergebrachte Lebensweise aufzugeben. Die Regierungen versprechen Entschädigungen und Umsiedlungen in neu erbaute Wohnungen. Die Wirklichkeit sieht in sehr vielen Fällen anders aus. Doch sogar wenn sie sich an ihre Versprechen halten: Begünstigt das die Wahrung der Tradition und Kultur bedrohter Völker? Die Vor- und Nachteile des modernen Staudammbaus müssen gut gegeneinander abgewogen werden. Die betroffene Bevölkerung soll vorgängig einbezogen werden – dafür gibt es Richtlinien der Weltstaudamm-Kommission. Leider hält sich aber kaum ein Entscheidungsträger daran. So geschehen auch im Sudan: Die Verantwortlichen wurden nun verklagt – vom Europäischen Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte. Nicht nur westliche Institutionen erheben ihre Stimme: Auch ein mutiger Indigenenhäuptling im Amazonasgebiet organisiert Widerstand. Unterstützt von Hollywood-Stars und der GfbV. Erfahren Sie mehr.

Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter

Die **Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)** ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und nimmt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national und international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO und beim Europarat.

4



Weltweiter Staudamm-Boom

Wer Staudämme baut, soll die Menschen, deren Dörfer überflutet werden, vorgängig miteinbeziehen - so lauten zumindest die Richtlinien der Weltstaudamm-Kommission. Doch wer hält sich daran?

6



Ein Warnschuss vor den Bug der Grossen

Vor kurzem erstattete das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte Strafanzeige gegen leitende Angestellte des Unternehmens, welches das Wasserkraftwerk Merowe im Sudan baute.

14



Unsichtbar, aber zerstörerisch

Der Rohstoff der Atomkraft heisst Uran. Im Sahelstaat Niger baut der französische Konzern Areva seit über vierzig Jahren Uran ab - in einem Tuareg-Gebiet, mit alarmierenden Folgen für Menschen, Tiere und die Umwelt.

Inhaltsverzeichnis

4	Weltweiter Staudammboom	10	Kurzinfos
6	Ein Warnschuss vor den Bug der Grossen	12	GfbV-Projekte und -Kampagnen
7	Dämme, die das kulturelle Gedächtnis rauben	14	Aktuell Unsichtbar, aber zerstörerisch
8	Interview mit Megaron Txucarramãe	15	Service Bücher, Filme, Ausstellungen

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Wiesenstrasse 77, CH-3014 Bern, Tel. 031 311 90 08, Fax 031 311 90 65, E-Mail: info@gfbv.ch, Web: www.gfbv.ch, Spendenkonto PC 30-27759-7 **Redaktion:** Verantwortlich: Franziska Stocker, Mitarbeit: Regina Partyngl, Hans Stutz **Gestaltungskonzept / Layoutsupport:** Clerici Partner AG, Zürich **Layout:** Franziska Stocker **Titelbild:** Brasilianische Kayapó-Indianer demonstrieren gegen den geplanten Bau des Belo Monte-Staudamms, April 2010. (Foto: Megaron Txucarramãe) **Bild Rückseite:** Maya in Guatemala (Foto: Fritz Berger) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8600 Exemplare **Einzelnummer:** CHF 5.- zzgl. Versandkosten, Insertionstarif auf Anfrage **Nächste Ausgabe:** Nov. 2010, Redaktions- und Inserateschluss: 1. Okt. 2010 **Copyright:** © 2010 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Die Wiedergabe von Artikeln ist bei Angaben der Quelle und Belegexemplaren an die Herausgeberin erlaubt **Druck:** gdz AG, Zürich, gedruckt auf FSC-Papier **ZEW:** Die GfbV trägt das ZEW-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. IMO-COC-029349
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council

> Weltweiter Staudamm-Boom

Wer Staudämme baut, soll die Menschen, deren Dörfer überflutet werden, vorgängig miteinbeziehen – so lauten zumindest die Richtlinien der Weltstaudamm-Kommission. Doch wer hält sich daran?

«Das ist unser Land, geht weg aus unserem Gebiet» skandieren im Januar 2010 Tausende Menschen rund um den Turkana-See in Nord-Kenia. Sie protestieren gegen den Bau des geplanten Gibe III-Staudamms im benachbarten Äthiopien. Die Regierung Kenias hat in den Bau eingewilligt. Leider. «Gibe droht dem artenreichen Lake Turkana das Wasser zu entziehen und im äthiopischen Omo-Tal die Lebensgrundlage von rund 200 000 Menschen zu zerstören», klagt Joshua Angelei, Leiter der Kampagne Friends of Lake Turkana. Betroffen wären auch acht indigene Volksgruppen, darunter das vom Fischfang lebende Jäger- und Sammlervolk der Kwegu in Äthiopien. Was bewog die Regierungen Kenias und Äthiopiens, den Bau gutzuheissen? Der Damm soll vor allem Grossplantagen bewässern, aus deren Ernte Biokraftstoffe hergestellt werden – und diese generieren gute Erträge.

China baute 86 000 Dämme – in den letzten 50 Jahren

Weil die äthiopische Regierung hart gegen Proteste indigener Organisationen vorgeht, tragen Nichtregierungsorganisationen aus Kenia und Europa ihre Proteste in die Weltöffentlichkeit.

Trotz Wirtschaftskrise boomt zurzeit der Bau von Staudämmen weltweit. Vertreter der Energiebranche rechtfertigen den Trend zu mehr Wasserkraft mit der steigenden Nachfrage nach erneuerbaren und kostengünstigen Energien. Unbestritten ist der Nutzen von Dämmen bei der Wasserversorgung, dem Hochwasserschutz oder der Bewässerung. Doch grosse Reservoirs haben weitreichende negative Konsequenzen. Die Weltkommission für Staudämme (WCD) zeigte bereits im Jahr 2000 in ihrem Bericht auf: «Für den Bau von Staudämmen wurde in zu vielen Fällen ein – vor allem was Mensch und Umwelt betrifft – unzumutbarer und oft unnötiger Preis bezahlt, insbesondere von vertriebenen bzw. umgesiedelten Menschen, der flussabwärts lebenden Bevölkerung, dem Steuerzahler und der Umwelt.» Besonders betroffen sind indigene Völker, die ihre Kultur und ihre Existenzgrundlagen für immer verlieren. Die WCD erliess Empfehlungen. Sie pochte auf mehr Transparenz für alle Beteiligten und forderte, dass betroffene indigene Völker und Stammesangehörige dem Dammbau frei und im vornherein zu-

stimmen müssen. Ihre Empfehlungen sind aber nicht verbindlich. Heute sind zehn Jahre vergangen seit der Veröffentlichung des WCD-Berichts. Wurden die Empfehlungen der WCD umgesetzt? Sind die gebauten Staudämme sozial- und umweltverträglicher? Werden die Rechte von indigenen Völkern respektiert?

Die Antwort ist: «Jein»: Die meisten südlichen Länder, die Weltbank und die Dammbau-Lobby akzeptierten die WCD-Empfehlungen nicht, aus Angst keine Staudämme mehr bauen zu können. Die International Hydropower Association, eine Lobbyorganisation von Wasserkraftwerkbetreibern, veröffentlichte 2010 eigene und schwächere Richtlinien, die Betroffenen weniger Mitspracherechte zugestehen. Erfreulich hingegen: 2003 fanden in verschiedenen Ländern, darunter Südafrika, Nepal und Bangladesh, Treffen zwischen Regierungen, Firmen und Betroffenen statt, die Empfehlungen zum sozial- und umweltgerechten Bau von Staudämmen verabschiedeten. Doch obwohl das Bewusstsein für soziale und ökologische Belange international gestiegen ist, gibt es weiterhin zahlreiche menschen- und umweltverachtende Dammprojekte, wie ein Überblick zeigt.

Vernichtung indigener Lebensformen

China hat in den letzten 50 Jahren 86 000 Dämme gebaut – dadurch 1,3 Millionen Hektar Land überschwemmt und 50 Millionen Menschen vertrieben. Das Muster ist weltweit ähnlich wie in China: Baufirmen und Regierungen versprechen den Betroffenen einen höheren Lebensstandard und Arbeitsplätze. Land gehört in China zumeist dem Staat, der es verpachtet. Er muss daher nur wenige Familien voll entschädigen. Korruption grassiert: Entschädigungsgelder werden zum Teil an Behörden und Dorfvorsteher bezahlt. Diese verteilen sie jedoch nicht weiter. 2004 fand bei der chinesischen Führung ein bescheidener Bewusstseinswandel statt: Premier Wen Jiabao erliess ein neues Umweltschutzgesetz und stoppte die geplanten 13 Staudämme am Salween Fluss, weil die Umweltprüfung fehlte. Seitdem gehen die Bauten jedoch weiter. Lokale Behörden setzen die neuen Gesetze nicht um, auch werden Verstösse nicht sanktioniert.

Die Türkei baut und plant an allen grossen Flüssen Staudämme, 22 sind es allein an Euphrat und Tigris. Seit 10 Jahren schwelt der Disput um den Ilisu-Staudamm am Tigris. Sein Bau würde 65 000 Menschen zum Wegzug zwingen und die einzigartige Biodiversität und viele Kulturdenkmäler der antiken Stadt Hasankeyf zerstören. Im Juli 2009 stiegen schweizerische, deutsche und österreichische Baufirmen, Exportversicherungen und Banken aus, weil die Türkei internationale Stan-



Foto: Le Grand Portage

Blick auf die Hauptmauer des Drei-Schluchten-Damms. Für das chinesische Megaprojekt am Jangtse mussten über 2 Millionen Menschen umgesiedelt werden.

dards zur Umsiedlung, dem Schutz der Umwelt und der Kulturgüter nicht einhielt. Das Land will den Staudamm nun aus eigenen Mitteln und mit der Unterstützung der österreichischen Baufirma Andritz realisieren. Bereits im Sommer 2010 sollen erste Dörfer evakuiert werden.

Indien zwang rund 60 Millionen Menschen durch den Bau von Staudämmen zur Umsiedlung, ohne sie zu entschädigen. Das Land plant an allen grossen Flüssen – und in deren Quellgebieten in Nepal – neue Dämme. Auch Laos überzieht seit fünf Jahren die Flüsse seines Urwalds mit Staudämmen, zum Teil mit Unterstützung der Weltbank, um mit dem Geld aus dem Verkauf des Stroms an Thailand, die Armut zu bekämpfen. Die Umsiedlung indigener Volksstämme, rief internationale Proteste hervor und veranlasste die Weltbank, den Umsiedlungsprozess genau zu planen und zu kontrollieren. Auch wenn die Betroffenen sich nun über Spitäler oder Schulen freuen mögen, ihr herkömmliches Leben wurde zerstört.

Fast jedes afrikanische Land plant und baut derzeit Staudämme, viele mit chinesischer, südafrikanischer oder europäischer Unterstützung. Der grösste geplante Damm ist Inga 3 in der Demokratischen Republik Kongo. Er soll 3500 Megawatt Strom produzieren und damit der Herstellung von Aluminium dienen. Inga 3 würde artenreiche Waldgebiete zerstören.

Uganda baut seit 2007 den Bujagali-Staudamm, unterstützt von der Weltbank. Deren unabhängige Evaluierungseinheit hatte 2009 kritisiert, dass mit einem Absinken des Wasserspiegels

des nahen Victoria-Sees gerechnet werden muss, was grosse Auswirkungen auf dessen Artenreichtum hätte.

Staudamm-Gegner ermordet

Während der weltweit grösste geplante Stausee in Brasilien (Belo Monte) durch heftige Proteste globale mediale Aufmerksamkeit erhält, erfährt die Öffentlichkeit wenig darüber, dass in Zentralamerika Proteste gegen den Bau von Staudämmen nach wie vor gewalttätig unterdrückt werden und lokal fast kriegsähnliche Zustände herrschen. In Honduras und Mexiko wurden Staudamm-Gegner sogar ermordet.

Die Beispiele zeigen, dass der politische Wille fehlt, um die WCD-Empfehlungen oder die 2007 verabschiedete (aber rechtlich unverbindliche) UNO-Deklaration für die Rechte indigener Völker (UNDRIP) einzuhalten. Beide Dokumente bieten jedoch eine wichtige Grundlage für indigene Gruppen, um sich international Gehör zu verschaffen und ihre Ansprüche einzufordern.

Immerhin: Seit 2002 gibt es in Peru, Argentinien, Mexiko und Guatemala erfreulicherweise zunehmend Erfolgsgeschichten von Gemeinden, die über ein Infrastrukturprojekt (hauptsächlich Bergbau) abstimmen. Und: Entgegen den Behauptungen von Regierungen, war die Mehrheit der Betroffenen jeweils gegen den Damm oder die Mine. Nur so kann der Macht der Dammbau-Lobby entgegen getreten werden, um sie zu zwingen, soziale und ökologische Sicherheit vor Profite zu stellen.

Christine Eberlein, Erklärung von Bern

➤ Ein Warnschuss vor den Bug der Grossen

Zehntausende mussten Haus und Hof verlassen. Drei Männer starben. Vor kurzem erstattete das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte Strafanzeige gegen leitende Angestellte des Unternehmens, welches das Wasserkraftwerk Merowe im Sudan baute.

Hunderte von Wasserstaudämmen sind in den vergangenen Jahren auf dieser Welt gebaut, Zehntausende von Menschen aus ihren Städten und Dörfern vertrieben worden. So auch beim Bau der Merowe-Wasserkraftwerkes, am Nil, einige Hundert Kilometer nördlich von Sudans Hauptstadt Khartum. Einige Stellen schreiben von 38 000, andere von 78 000 Vertriebenen. Die genaue Zahl lässt sich nicht eruieren, klar ist jedoch, dass darunter auch Angehörige der indigenen Gemeinschaften der Amri und der Manasir waren, beide zählen zu den arabischen Volksgruppen des Sudans. Meist lebten die Vertriebenen als Kleinbauern, die an den Ufern des Nils Obst- und Getreidebau betrieben und das fruchtbare Land als Ackerland nutzten.

Deutsche Firma in der Pflicht

Das Merowe-Wasserkraftwerk wurde finanziert von den Regierungen Sudans und weiterer arabischer Länder, sowie einer chinesischen Bank. Mitbeteiligt am Bau waren – neben chinesischen und sudanesischen Unternehmen – auch

europäische Grossunternehmen, so die französische Firma Alstom (elektromechanische Anlagen) und die Schweizer ABB (Lieferung von Übertragungsstationen). Den Bau leitete das deutsche Unternehmen Lahmeyer International, mit Sitz in Bad Vilbel, unweit von Frankfurt am Main.

Soweit nichts Aussergewöhnliches: Gegen die Interessen von nationalen Regierungen und internationalen Grossunternehmen haben wirtschaftlich Schwache einen schweren Stand: Die Rechte der Bewohner der zu flutenden Gebiete werden bei der Planung, beim Bau und bei der Inbetriebnahme von Grossprojekten gerne missachtet.

Doch diesmal kommt es anders. Anfang Mai 2010 erstattet das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Strafanzeige gegen zwei leitende Angestellte von Lahmeyer International. Sie waren verantwortlich für die Planung, Bauüberwachung und Inbetriebnahme des Staudamms. Das ECCHR wirft ihnen unter anderem

Überschwemmung, Nötigung, die Aussetzung von Hilfslosen, Sachbeschädigung und Zerstörung von Bauwerken vor.

Heimatlos nach der Flutung

Zwei Ereignisse liegen diesen Vorwürfen zugrunde: Im Dezember 2005 stauten die Kraftwerkbauer den Nil und überfluteten im August 2006 das Siedlungsgebiet der Amris. Die Amris hätten zwar vorher umgesiedelt werden sollen, doch war die in Aussicht gestellte Wohnanlage noch nicht fertiggestellt, auch erachtete die Amri-Gemeinschaft das ihnen zugewiesene Land als ungeeignet für ihre Bedürfnisse. Das Wasser stieg und in der Folge verloren rund 2700 Familien Haus und Gut, darunter auch viele ihrer Nutztiere. Drei Männer starben bei einer Kundgebung gegen ihre Vertreibung.

Mitte April 2008 nahmen die Kraftwerkbauer den Staudamm vollständig in Betrieb, so dass der Wasserspiegel weiter anstieg, weshalb zwischen Juli 2008 und Januar 2009 auch rund 2000 Familien der Manasir ihre Häuser verlassen und ihre Nutztiere zurücklassen mussten.

In der Strafanzeige wird den beiden Lahmeyer-Ingenieuren weiter vorgeworfen, sie hätten sich nicht an die Richtlinien der Weltkommission für Staudämme (WCD) gehalten. So hätten sie die Interessen der betroffenen Bevölkerung nicht miteinbezogen und ihre Ersatz-Ansprüche nicht erfüllt. Die Anzeige ist hängig.

Das ECCHR erachtet den Merowe-Fall als «symptomatisch für die Gefahren, die von grossen Infrastrukturprojekten für die Menschenrechte» ausgehen. Falls dieser phantasievolle juristische Weg zum Erfolg führt, dann kommen internationale Konzerne – im Gegensatz zu heute – nicht mehr an einer strengen Einhaltung der Menschenrechte vorbei.

Hans Stutz, GfbV Schweiz



Foto: David Habertlah

Angehörige der nubischen Volksgruppe der Manasir im Norden Sudans: 2000 Familien der Manasir verloren durch den Bau des Merowe-Staudamms ihr Heim.

➤ Dämme, die das kulturelle Gedächtnis rauben

Sie sollen Energie liefern – die Staudämme in Malaysias Bundesstaat Sarawak. Aber nicht für die lokale Bevölkerung, sondern für den Export. Menschenrechts-Experten vermuten indes, dass der wahre Grund für ihren Bau ein ganz anderer ist.

Nur durch Zufall kamen Anfang 2008 die Pläne der Regierung von Sarawak (malaisischer Bundesstaat auf der Insel Borneo) zum Bau von 12 Staudämmen ans Licht. Versehentlich war eine Präsentation des Direktors von Sarawak Energy Berhad auf einer Internetseite aufgetaucht. Das später entfernte Dokument wurde dem Bruno Manser Fonds zugespielt und auf dessen Homepage veröffentlicht.

Die geplanten Dämme sind Teil des von Chief Minister Abdul Taib Mahmud geplanten Mega-Projektes «Sarawak Corridor of Renewable Energy». Ziel ist die Modernisierung Sarawaks bis zum Jahr 2020 durch den (Aus)bau von Industrie- und Produktionszentren, Herzstück die Energieversorgung. So sollen die 12 Dämme Energie liefern, die hauptsächlich nach Indonesien, Brunei und auf die Halbinsel Malaysia exportiert werden soll.

Derzeit gibt es in Sarawak keinen Bedarf für diese Energie, da schon der Ende des Jahres ans Netz gehende Bakun-Staudamm Strom im Überfluss für den malaisischen Bundesstaat produzieren wird. Die geplante Infrastruktur soll ausländische Investoren anlocken, schon wurden erste Verträge mit Firmen aus Taiwan und China unterzeichnet.

Bereits wurde mit dem Bau des Murum-Staudammes begonnen. Für das Projekt sind umgerechnet eine Billion Schweizer Franken veranschlagt, fertiggestellt werden soll es 2013.

Bedrohung der Verletzlichsten

In Sarawak, dessen Regenwälder zu den artenreichsten der Welt gehören, leben Indigene aus über vierzig verschiedenen ethnischen Gruppen. Haben sie in den letzten Jahrzehnten verzweifelt für ihre Landrechte, gegen die Abholzung des Waldes und die Anlage von Palmölplantagen gekämpft, müssen Tausende von ihnen nun einer neuen Bedrohung ins



Foto: Bruno Manser Fonds

Der Bau des Bakun-Staudammes vertrieb 9400 Angehörige des Penan-Volkes.

Auge sehen: ihrer Umsiedlung und der Überflutung ihrer Dörfer und traditioneller Landstriche. So werden für den Murum-Staudamm rund 1000 Angehörige des westlichen Penan-Volkes aus sieben Dörfern weichen müssen.

Die Penan sind die verletzlichste Gruppe der Indigenen, da sie als Jäger, Fischer und Sammler auf die Flora und Fauna eines intakten Waldes und auf saubere Flüsse angewiesen ist. Zwar verspricht ihnen die Regierung ein besseres Leben nach dem Bau des Staudammes, doch schon jetzt zeigt sich, dass sie nicht diejenigen sind, die profitieren werden: Gesuche vieler Penan, auf der Baustelle zu arbeiten, wurden mangels Identitätskarten abgewiesen.

Aber nicht nur die westlichen Penan in Zentralsarawak sind betroffen, sondern auch die Angehörigen des Kelabit-Volkes im Osten. Am Fluss Limbang sind derzeit Vermessungsarbeiten in Gange. Mutang Urud, ein früherer Mitstreiter Bruno Mansers, der heute im Exil in Kanada lebt, sieht sein Heimatdorf Long Napir am Limbang bedroht: Er sagt: «Dieses Projekt ist ein frontaler Angriff auf unsere Rechte als Ureinwohner des Gebiets. Es würde nicht nur unsere Kulturlandschaft auslösen, sondern auch den künftigen Generationen unser kulturelles Gedächtnis rauben.»

Die Kelabit fürchten ein ähnliches Schicksal wie es 9400 Penan ereilt hat: Sie wurden vor 14 Jahren für den Bau des umstrittenen Bakun-Staudammes nach Sungai Asap umgesiedelt. Die ihnen aufgezwungene Geldwirtschaft ist ihnen fremd, sie fristen ein Leben in Arbeitslosigkeit, bitterer Armut, Hunger und leiden unter dem Verlust ihrer kulturellen Wurzeln und traditionellen Lebensweise. Immer noch warten sie auf die versprochenen Kompensationszahlungen und Ackerflächen. Über die – viel zu kleinen und Kilometer vom Dorf entfernten – Felder, die ihnen zugeteilt wurden, haben sie noch keine Landrechte.

Damm als Vorwand für Infames

Vom geplanten Riesenprojekt profitieren wird vor allem die Familie des Chief Ministers, die mit zahlreichen der begünstigten Firmen (z.B. Sarawak Energy Berhad) verhandelt ist. Der indigene Landrechtsanwalt und Oppositionspolitiker Baru Bian befürchtet indes: «Der Bau der Staudämme im Namen der Entwicklung ist ein Vorwand für die Abschaffung der Rechte der indigenen Völker in den Einzugsgebieten unserer grössten Flüsse. Es gibt keine Notwendigkeit für den Bau der Dämme.»

Julia Beckel, Bruno Manser Fonds

➤ «Niemand hat die Indigenen gefragt»

Im Amazonasgebiet soll ein gigantischer Staudamm gebaut werden: der Belo Monte. Der Indigenenhäuptling Megaron Txucarramãe darüber, wie die Regierung Brasiliens jene behandelt, die sie vertreibt, wer den Indigenen droht und womit sie gekauft werden sollen.

Welches sind die Auswirkungen des Baus des Megastaudammes Belo Monte auf die Indigenen vor Ort?

Die brasilianische Regierung möchte den Staudamm Belo Monte bauen, ohne die Indigenen zu konsultieren, ohne die Flussanwohner und die Kleinbauern zu fragen. Sie will diesen Staudamm vorantreiben, der viele Menschen, insbesondere die Indigenen, schädigen wird. Bisher hat die Regierung keinen Vorschlag für die Indigenen und Flussanwohner gemacht, wie diese mit den daraus entstehenden Problemen umgehen sollen.

Weder die Regierung noch die Indianerschutzbehörde noch die Firmen haben die Betroffenen besucht?

Es gab einzelne Treffen, aber die Regierung will nichts wissen von einer echten Konsultation der betroffenen Bevölkerung. Sie will einzig den Staudamm bauen. Das ist alles.

Haben die Vertreter der Regierung die Indigenen und die Flussanwohner gefragt, ob sie für oder gegen den Bau des Dammes sind?

Wenn es einen öffentlichen Informationsanlass gibt, gehen die Indigenen hin. Aber sie verstehen nicht, was die Ingenieure sagen und wovon sie reden. Die meisten Indigenen verstehen nicht einmal Portugiesisch – wie sollen sie dann die Ingenieure verstehen? Daher sind sich viele Indigene gar nicht bewusst, was die Konsequenzen des Staudammes für sie sein werden.

Also wissen die Indigenen nicht, was auf sie zukommt?

Doch, sie wissen, dass ihr Gebiet unter Wasser gesetzt wird.

Was wollen die Betroffenen von der Regierung?

Ich habe gemeinsam mit anderen Indigenen einen Brief an Präsident Lula da Silva geschickt (siehe Kasten Seite 10, Anm. der Red.) – kann ich ihn Dir faxen oder mailen? Darin haben wir unsere Forderungen an die Regierung gestellt. Die meisten Indigenen wissen jedoch nicht, welche Auswirkungen der Staudamm auf sie hat. Diejenigen, die in der Nähe des Städtchens Altamira leben, haben sich dem Staat ergeben, was sehr schlimm ist.

Haben die Firmen selber Kontakt mit den Betroffenen aufgenommen?

Die staatlichen Stromversorungskonzerne Electro Norte und Electrobras offerieren Geld, Diesel und Grundnahrungsmittel,

um die Indigenen bei Altamira zu gewinnen. Verschiedene direkt betroffene Indigene akzeptieren nun die Absicht der Regierung, den Damm zu bauen.

Gilt dies für alle Indigenen?

Nein, dies gilt nur für die Indigenen dort. Die Kayapó vom oberen Xingu und der Bundesstaaten Pará und Mato Grosso sind absolut gegen das Projekt.

Dann gab es nie eine echte Konsultation, weder durch die Regierung, noch durch die Indianerschutzbehörde oder durch die Firmen?

Nein, niemand hat die Indigenen gefragt, was ihre Meinung ist. Es gab keine echten Versammlungen, die Indigenen wurden nicht informiert und nie befragt. Die Indianerschutzbehörde FUNAI hat nichts gemacht. Nichts, nichts, nichts, absolut nichts.

Hat es Druck auf die Indigenen seitens der Regierung, der Indianerschutzbehörde oder der Firmen gegeben?

Die vom Bau des Staudammes direkt betroffenen Indigenen, insbesondere die Kayapó Xikrin des Flusses Bacajá, beklagen sich über grossen Druck und viele Drohungen seitens der Fir-

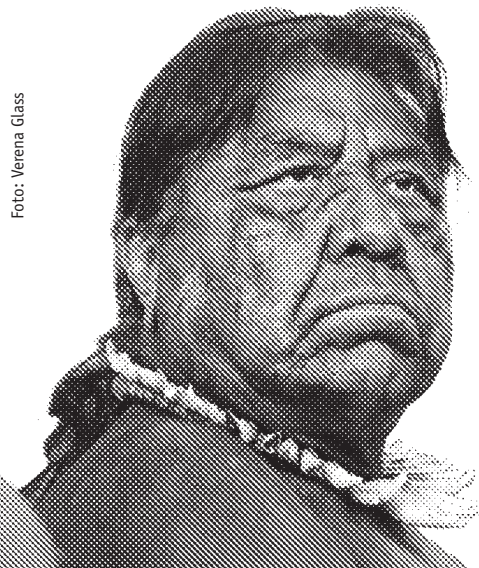
Die Indianerschutzbehörde hat nichts gemacht, absolut nichts.

mengruppe Electro Norte. Und auch die Indianerschutzbehörde drohte, ihnen die bisherige Unterstützung von Gesundheitswesen und Bildung zu stoppen. Dies sagten mir die Kayapó Xikrin, als ich sie in Altamira besuchte, und sie erzählten, wie müde sie es seien, immer wieder bedroht zu werden.

Was erwarten die Indigenen von internationalen Organisationen wie der Gesellschaft für bedrohte Völker?

Ihr sollt versuchen, mit Präsident Lula da Silva zu sprechen, damit er den Bau des Staudammes stoppt. Aber er wird nicht

Fortsetzung Seite 10



Indigenenhäuptling Megaron Txucarramãe vom Stamm der Kayapó



Foto: Glenn Switkes / International Rivers

Indigene des Madeira-Flusses demonstrieren gegen den Bau von Staudämmen im brasilianischen Amazonas.

Der Belo Monte-Staudamm

Belo Monte ist ein gigantisches Wasserkraftprojekt, das am Fluss Xingú, einem Seitenfluss des Amazonas, gebaut werden soll. Geplant ist, dass der Fluss über drei Talsperren zu zwei Stauseen aufgestaut wird, die in etwa der Grösse des Bodensees entsprechen würden. Dafür müssten voraussichtlich 20 000 Menschen umgesiedelt werden. Das Grossprojekt wird vom brasilianischen Umweltministerium, dem Bergbau- und Energieministerium und den beiden grossen staatlichen Stromversorgungskonzernen Electro Norte und Electrobras vorangetrieben. Die Überflutung der Landschaft würde das Ökosystem des Xingu gefährden, insbesondere würden die Talsperren die Wanderung der Fische behindern. Grosse Flächen wertvollen Regenwaldes gingen verloren, ebenso traditionelle Dörfer. Experten befürchten, dass der Belo Monte-Staudamm erst der Anfang einer Reihe weiterer Wasserkraftprojekte im Amazonas ist. Bis zu 250 weitere Staudämme könnten folgen.

Megaron Txucarramãe

Megaron Txucarramãe ist der Häuptling des Stammes der Kayapó und einer der wichtigsten indigenen Leader Brasiliens. Er ist der Neffe des bekannten Indigenenhäuptlings Raoni, der vor 20 Jahren mit Unterstützung des Sängers Sting eine internationale Kampagne gegen die Abholzung des Amazonas startete. Txucarramãe setzt sich ein für Gesundheit, Land- und Menschenrechte der indigenen Bevölkerung Brasiliens. 1982 war er der erste indigene Präsident der brasilianischen Indianerbehörde FUNAI – heute steht er dieser Institution kritisch gegenüber. Txucarramãe traf mit einer Vielzahl von Entscheidungsträgern zusammen, um die Anliegen seines Volkes zu vertreten. Zurzeit organisiert er den Protest gegen das Grossprojekt Belo Monte. Im Juni 2010 versammelte er Indigenenhäuptlinge und Vertreter von Indigenen- und Umweltorganisationen an einem runden Tisch. Er forderte ein gemeinsames Vorgehen aller, die gegen den Bau des Staudammes kämpfen.

Fortsetzung von Seite 8

einlenken. Er will niemanden zuhören, niemanden anhören; er will einfach den Staudamm bauen, wie er auch viele weitere Staudämme im Amazonas bauen will.

Megaron, ich danke Dir herzlich für das Gespräch.
Und ich bedanke mich für Euer Engagement.

Interview: Christoph Wiedmer, GfbV Schweiz



Eine Demonstration in New York gegen den Belo Monte-Staudamm erhält prominente Unterstützung von Avatar-Schauspielerin Sissy Weaver.

Auszug aus dem Brief der Indigenen an Brasiliens Präsidenten Lula da Silva

«Wir, die Häuptlinge und Kämpfer, führen diese Protestaktion durch und wir werden den Übergang über den Xingú-Fluss weiter blockieren. Solange Lula da Silva darauf besteht, den Belo Monte-Damm zu bauen, werden wir hier bleiben. (...) Wir Indigenen hatten für Lula gestimmt. Nun finden wir heraus, wer diese Person ist. Wir sind nicht Kriminelle und wollen nicht so behandelt werden. Wir wollen einfach, dass der Belo Monte-Damm nicht gebaut wird. (...) Wir, die Indigenen, sind die ersten Bewohner dieses Landes und wir werden vergessen von Lula's Regierung. Diese Regierung will unsere Zerstörung – zu dieser Überzeugung sind wir gekommen.»

Häuptling Megaron Txucarramãe, Piaracu, 26. April 2010

➤ Minderheiten und



Kurzinfos

Kroatien: Gerichtshof beendet Diskriminierung von Roma-Kindern

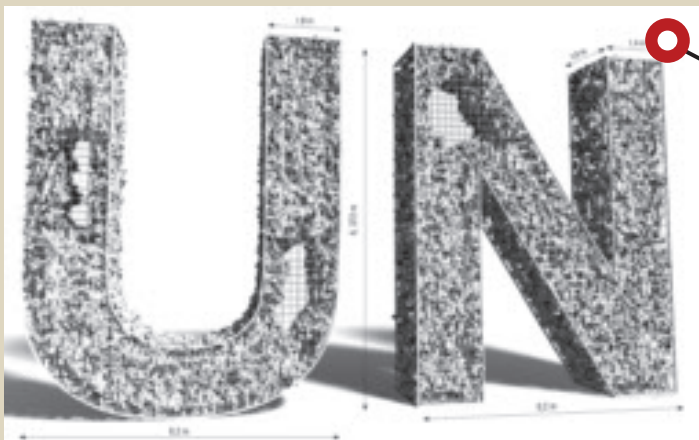
Mehrere Roma-Schulkinder aus Kroatien klagten dagegen, dass sie während ihrer Volksschulzeit aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit – ganz oder teilweise – in Klassen für lernschwache Roma-Kinder eingeteilt worden waren. Sie brachten vor, dass in diesen Klassen der Lernstoff geringer sei als im offiziellen Lernplan, dies sei rassistisch diskriminierend und verletze unter anderem das Recht auf Bildung. Die Klage war in allen Instanzen abgelehnt worden, erst die Grosse Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) gab den Klagenden nun recht, wenn auch knapp mit 9 gegen 8 Stimmen. Das Urteil geht davon aus, dass es sich bei den Roma um eine besonders benachteiligte und verletzte Minderheit handle. Kroatien habe aber nicht den Nachweis erbringen können, dass den spezifischen Bedürfnissen der benachteiligten Roma-Minderheit durch geeignete Massnahmen Rechnungen getragen wurde.

Quelle: Urteil der Grossen EGMR-Kammer, N° 15766/03, Orsus u.a. vs. Kroatien, 16.03.2010

Indien: Illegale «Safaris» bedrohen das indigene Volk der Jarawa

Auf den Mittleren Andamanen-Inseln im Indischen Ozean leben noch rund 300 Angehörige des Volkes der Jarawa. Sie leben als Nomaden und Jäger in Gruppen von 40 bis 50 Personen. Über eine illegal errichtete Strasse, die durch das Jarawa-Gebiet führt, gelangen Touristen, Siedler und Wilderer in das Gebiet. Sie

Grafik: Zentrum für politische Schönheit



Bosnien-Herzegowina I: Die eng mit der GfbV zusammenarbeitende Organisation «Mütter von Srebrenica» fordert seit 2007 ein Mahnmal, das an die Schuld des Westens am Völkermord von Srebrenica erinnert: 1995 waren rund 40 000 Zivilpersonen von den UNO-Blauhelmen im Stich gelassen worden. Die Folge: Serbische Milizen ermordeten mindestens 8372 Bosniaken. Eine «Säule der Schande» soll nun an das Versagen der westlichen Mächte erinnern. Sie soll aus 16 744 einbetonierten Schuhen (für die 8372 Toten) bestehen, die die Buchstaben «UN» bilden sollen. Die GfbV eröffnete in verschiedenen Ländern Sammelstellen, damit bis zum 11. Juli, dem Gedenntag für die Opfer von Srebrenica, genug Schuhe zusammenkamen. Viele bekannte Intellektuelle, Künstler, Schauspieler, Sportler und Politiker spendeten Schuhe.

Foto: GfbV



Bosnien-Herzegowina II: Mitte Mai erhielt Fadila Memisevic, die Direktorin der bosnischen GfbV-Sektion, den diesjährigen Preis der humanitären Stiftung «Muradif Cato». Die Stiftung zeichnet jedes Jahr Persönlichkeiten, Institutionen und Organisationen aus, die durch humanitäre Arbeit einen Beitrag leisten zur Schaffung einer demokratischen, multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft. «Muradif Cato» gehört zur bald 100-jährigen, etablierten, bosnischen Hilfsorganisation Merhamet.

Foto: Hamed Saber





Foto: Hamed Saber

Iran II: Ein Jahr ist seit dem gefälschten Wahlsieg des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad und den darauf folgenden Massenprotesten der iranischen Bevölkerung vergangen. Seither haben die Menschenrechtsverletzungen, unter denen insbesondere die Minderheiten leiden, zugenommen. Wo steht die grüne Opposition heute? Mitte Juni 2010 sprach auf Einladung der GfbV der iranische Schriftsteller und Blogger Ali Schirasi in Bern. Er analysierte die aktuelle politische Situation und zeigte Tendenzen und Perspektiven für die Zukunft Irans auf. Auf der Webseite der GfbV finden Sie ein längeres Interview mit Schirasi (www.gfbv.ch).



Foto: Indi Samarajiva

Iran I: Die GfbV analysierte den Menschenrechtsdialog der Schweiz mit Iran und stellte das Resultat der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates zur Verfügung. Die GfbV kam zum Schluss, dass der Menschenrechtsdialog nicht genügend Gewicht habe, um hier Einfluss zu nehmen. Schlimmer noch: Der Menschenrechtsdialog stelle eine indirekte Aufwertung des iranischen Regimes dar, weil ihn Präsident Mahmoud Ahmadinejad als Normalität der Beziehungen zu einem Rechtsstaat inszenieren könne. Das Verhalten der Schweiz werde von Oppositionellen in Iran als «Hofieren des Regimes wahrgenommen», so die GfbV gegenüber der APK.



Sri Lanka: Im Frühsommer 2009 ging auf Sri Lanka der Jahrzehnte dauernde Bürgerkrieg zu Ende. Sowohl die Armee wie auch die Tamil Tigers machten sich gravierender Verletzungen des Humanitären Völkerrechts schuldig. Bis heute lehnt die Regierung Sri Lankas eine unabhängige Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen ab. GfbV-Vorstandsmitglied und Nationalrat Josef Lang hat im Juni eine Interpellation eingereicht, in der er vom Bundesrat wissen will, was er zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen zu tun gedenke. Da die internationale Gemeinschaft nicht ausreichend reagiere, sei es um so wichtiger, dass sich die Schweiz gegen die Straflosigkeit in Sri Lanka einsetze.

➤ Unsichtbar, aber zerstörerisch

Der Rohstoff der Atomkraft heisst Uran. Im Sahelstaat Niger baut der französische Konzern Areva seit über vierzig Jahren Uran ab – in einem Tuareg-Gebiet, mit alarmierenden Folgen für Menschen, Tiere und die Umwelt.

Als die Mine ihren Betrieb aufnahm, habe man ihnen erzählt, dass durch den Uranabbau die Armut verschwinden werde und dass Arlit, eine ausschliesslich für den Uranabbau gegründete Stadt, ein zweites Paris werde. Dies berichtet der Tuareg Almoustapha Alhacen. Aus diesen Versprechen sei aber nichts geworden. Vor rund zehn Jahren gründete Alhacen die NGO «Aghir in'Man» (Schutz der Seele), gestützt auf die Erfahrung, dass viele seiner Bergarbeiterkollegen gesundheitliche Probleme hatten. Daraus entwickelte sich ein verbreiteter Widerstand gegen jenen Konzern, der im Nord-Niger Uran abbaut: die französische Areva.



Foto: © Greenpeace / Philip Reynaers

Eine Greenpeace-Aktivistin misst die Radioaktivität im nigrinischen Städtchen Arlit: Sie ist zu hoch.

Strassen strahlen radioaktiv

Der Uranabbau vergiftet Böden, Luft und Wasser der Umgebung mit erhöhter Radioaktivität. Bereits vor über zwei Jahren publizierte «Aghir in'Man» dieses Ergebnis einer Studie. Der Areva-Konzern – beherrscht vom französischen Staat (87 Prozent der Aktien) – liess die Kritik vorerst an sich abprallen und verwies auf die mit den örtlichen Behörden abgesprochenen Dekontaminierungsprogramme. Damit schien die Sache erledigt.

Im November 2009 begab sich dann aber eine Greenpeace-Delegation in das nigrische Uranabbaugebiet, unterstützt von «Aghir in'Man». Das Ergebnis ist alarmierend: Areva verschmutzt das Land, verursacht radioaktive Strahlung, nicht nur auf den Minenplätzen, sondern auch in den Städten. In der Stadt Akokan beispielsweise wies Greenpeace nach, dass die Strassen radioaktiv belastet sind. Vier von fünf Wasserproben überschreiten die WHO-Grenzwerte. Anfang Januar bequeme sich Areva zum Eingeständnis, dass es in Akokan erhöhte Radioaktivität gebe. Auch versprach Areva die Stadt von den Strahlungsquellen zu befreien. Doch

Anfang Mai stellte Greenpeace fest: Die Strahlung in Luft, Wasser und Boden des Gebiets übertrifft internationale Vorgaben immer noch um ein Vielfaches.

Der Areva-Konzern betreibt im Niger zwei Uranminen. Sie liegen im Gebiet mehrerer nomadisierender Gemeinschaften, so der Tuareg und der Peulhs. Eine Mine wird im Bergbau betrieben, die andere im Tagbau. Diese hinterlässt riesige Löcher in der Steinwüste, bis hundert Meter tief, daneben liegen Schutthalden, von denen der Wind radioaktiven Staub weit über die Lande weht. Eine dritte Mine soll in der Region nächstens noch dazukommen. Sie soll ab 2013 ebenfalls 5000 Tonnen Uran jährlich liefern.

Schweiz bezieht Uran aus Niger

Areva reichert das Uran auch an und beliefert Atomkraftwerke in vielen Ländern mit Brennelementen. In der Schweiz beziehen Beznau I und II, Gösgen und Leibstadt Brennstäbe von Areva.

Hans Stutz, GfbV Schweiz

Uran-Konferenz «Heilige Erde, vergiftete Völker»

Weltweit liegen drei von vier Uranminen auf dem Land von indigenen Völkern. Die grössten nachgewiesenen Vorkommen befinden sich in Kanada und Australien. Neben Niger und Kasachstan bauen auch Russland, Namibia und Usbekistan Uran ab. Die Identität indigener Völker ist verbunden mit ihrer Umwelt, Uranbergbau zerstört jedoch die Lebensgrundlagen. «Heiliges Land, vergiftete Völker» ist das Thema einer Vorkonferenz anlässlich des in Basel stattfindenden Weltkongresses der ÄrztInnen für soziale Verantwortung und zur Verhütung eines Atomkrieges IPPNW. Auf Einladung der GfbV wird Azara Jalawi, Präsidentin der Fédération des Femmes, Arlit über die Situation in Niger berichten.

«Sacred Land, Poisoned Peoples», Uranabbau, Gesundheit und indigene Völker. Vorkonferenz anlässlich des IPPNW-Weltkongresses, 26. August 2010. Universität Basel. (www.uranisiko.de, www.ippnw2010.org)

> Service

Türkei: «Der schmale Pfad»



Die 69jährige Erfolgsautorin Ayse Kulin veröffentlichte in den vergangenen Jahren eine grosse Anzahl von Essays und Romanen, die in der Türkei ein grosses Publikum erreichten. In ihrem neuesten Roman «Der schmale Pfad» berichtet sie von einer Journalistin Nevada Tuna, die in einer privaten und beruflichen Krise steckt. Ihre ganze Hoffnung setzt sie auf ein Interview mit der inhaftierten kurdischen Politikerin Zelha Bora, das ihre Karriere retten soll. Doch zwischen den beiden Frauen, deren Lebensverhältnisse unterschiedlicher nicht sein könnten, stehen nur Vorurteile und Vorwürfe. Beim Gespräch entdecken sie, dass sie einst Freundinnen waren. Nun versuchen sie, die vergangenen Jahre heraufzubeschwören und ungeklärte Rätsel zu lösen. Letzten Endes ist es die wiedergefundene Freundschaft der beiden Frauen, die politische Gräben überbrückt. Ayse Kulin's Roman thematisiert den türkisch-kurdischen Konflikt und birgt Hoffnung und Aufarbeitung zugleich.



Ayse Kulin: *Der schmale Pfad*. Unionsverlag, Dt. Erstausgabe, 2010. Lesung im Literaturhaus Zürich, 15. September 2010, 20 Uhr. Ayse Kulin liest aus «Der schmale Pfad», Übersetzung und Moderation Sabine Adatepe.

Musiker haben noch vor wenigen Jahren mit der Kalaschnikow gekämpft, nun bedienen sie sich der elektrisch verstärkten Gitarre. Die Filmerin Dominique Margot dokumentiert das Leben von Tuareg-Musikern, die heute in Frankreich im Exil leben. Sie zeigt Witwen und alleinerziehende Mütter, die den Krieg ablehnen aber auch Rebellen, die sich bewaffnet gegen Abhängigkeit, Ausbeutung und die Zerstörung der Umwelt zur Wehr setzen. Insgesamt ist es ein Film für alle jene, die sich für die Geschichte und die Kultur der Tuareg interessieren. Es ist aber auch ein Film für all jene, die die Musik von auch hierzulande bekannten Gruppen wie Tinariwen schätzen.



Toumast – Gitarren und Kalaschnikows. Schweiz 2010. Regie: Dominique Margot. Ab Sommer in Deutschschweizer Kinos. Daten siehe Tagespresse.

Lehrbuch: «Menschenrechte und Wirtschaft»



Wirtschaftliche Entwicklung kann die Einhaltung der Menschenrechte fördern oder aber zur Verletzung der Menschenrechte beitragen. Obwohl es die Staaten sind, die ihre Bevölkerung vor der Verletzung der Menschenrechte zu schützen haben, tragen in der globalisierten Welt auch Unternehmen, Konsumenten und Konsumentinnen eine Mitverantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Das Lehrbuch bietet zunächst Lehrpersonen Gelegenheit, Einblick in die Zusammenhänge zwischen Menschenrechten und Wirtschaft zu erhalten. Auf die inhaltliche Auseinandersetzung folgt die didaktische Hinführung zu den Themenbereichen, Vor-

schläge wie die Schüler über ihre humanen Rechte und Pflichten sowie über ihren Einfluss als Konsumenten informiert werden können. Schliesslich enthält der Band Fallbeispiele, Unterrichtsmaterial und detaillierte Übungsanleitungen für Schüler ab der 2. Klasse der Primarstufe bis zur Sekundarstufe 1.

Menschenrechte und Wirtschaft, Reihe Menschenrechtsbildung für die Schule, Band II, Peter G. Kirchschräger Thomas Kirchschräger, 68 Seiten, CHF 27.–, mehr unter www.verlag-pestalozzianum.ch

Begegnung mit der Trägerin des Alternativen Friedensnobelpreises



Seit 1992 engagiert sich die Kölner Gynäkologin Monika Hauser für Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten. Medica mondiale heisst die Organisation, die sie dafür aufgebaut hat. 1993 – mitten im Bosnienkrieg – begann die Organisation in Zentralbosnien mit ihrer Arbeit und setzte sich vor allem für Frauen ein, die systematisch vergewaltigt wurden. Heute ist medica mondiale auch in Albanien, Afghanistan, im Kosovo und in Liberia aktiv und unterstützt Frauenprojekte in der Demokratischen Republik Kongo, in Israel, Ruanda und Uganda. Für ihr herausragendes Engagement für die Rechte der Frauen erhielt Monika Hauser 2008 den Alternativen Friedensnobelpreis. Im RomeroHaus erzählt die Aktivistin von ihrer Arbeit und von der Hoffnung auf eine gerechtere Welt.



Monika Hauser: *hinschauen – und handeln!*

8. September 2010, 19.30 Uhr, Eintritt: CHF 18.–/15.– RomeroHaus Luzern, Kreuzbuchstrasse 44, 6006 Luzern.

Foto: medica mondiale

Eine Stimme für Verfolgte.
www.gfbv.ch

